

# DER PLATOW Brief

PERSONALIEN, TRENDS UND ANALYSEN

Nr. 79 | Dienstag, 9. Juli 2024

## HIGHLIGHTS HEUTE

<b>Kapitalmarktunion</b> – BVR schwört auf Bankkredit	2
<b>Sparda-Banken</b> – Kunden nehmen Reißaus	2
<b>Dienstleistungspreise</b> – Panetta wiegelt ab	3
<b>DekaBank</b> – Tiefstapler Stocker?	4

### TOP-THEMA

## Bundesregierung hat Tennet-Deal noch nicht abgeschrieben

„INTERESSE AN STRATEGISCHER BETEILIGUNG“ – Die Schlagzeilen klangen eindeutig. Knapp zwei Jahre verhandelte die Bundesregierung mit den Niederlanden über einen Verkauf des deutschen Stromnetzbetreibers **Tennet**. Dann erklärte Tennet vor drei Wochen die Verhandlungen für beendet. „Verkauf gescheitert“, hieß es. Doch so klar klang dies am Dienstag nicht mehr, als sich der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, **Philipp Nimmermann**, im Vorfeld der **KfW**-Kapitalmarktkonferenz in Frankfurt zu dem Thema äußerte.

„Wir haben der niederländischen Regierung auch weiterhin mitgegeben, dass wir nach wie vor ein Interesse haben an einer strategischen Beteiligung an Tennet“, sagte er. Dies könne 25% plus eine Aktie heißen, aber auch über Vetorechte anders organisiert werden. Eine Beteiligung des Bundes im Zusammenspiel mit anderen Investoren scheint damit weiter möglich. Im Sparkassenlager, bei Landesbanken wie der **LBBW** und auch im Versicherungssektor gibt es hörbares Interesse.

Lt. Nimmermann strebten die Niederlande bei den Verhandlungen mit der KfW und der Bundesregierung einen Komplettverkauf von Tennet an, Berlin hingegen nur eine strategische Minderheit. Der Staatssekretär führte das Aus bei den Verhandlungen darauf zurück, dass die niederländische Seite ein definitives Angebot noch vor dem dortigen Regierungswechsel gefordert habe. Dies sei für die Bundesregierung nicht vor Abschluss der Haushaltsverhandlungen möglich gewesen. „Wir konnten vorher schlichtweg nicht zusagen, dass wir diesen Kauf so tätigen.“ Inzwischen sind die Haushaltsverhandlungen abgeschlossen. Am 17. Juli soll das

Bundeskabinett über den Entwurf beraten. Berlin wartet, so Nimmermann, nun auf die Zusammenstellung der neuen niederländischen Regierung und will dann die Gespräche fortführen. Wenn andere Interessenten auf die niederländische Regierung zugehen, um für Tennet zu bieten, wolle sie sich an den Diskussionen beteiligen und sei bereit, Kapital in Form einer strategischen Minderheitsbeteiligung bereitzustellen.

Der Bund ist bereits über die KfW mit 20% am Netzbetreiber **50Hertz** beteiligt und mit 24,95% an **Transnet-BW**. In beiden Fällen liegt die Beteiligung unter 25%, der Bund hat aber entsprechende Vetorechte. An der TransnetBW, die das Stromnetz der ehemaligen **EnBW** Transportnetze in Baden Württemberg verwaltet, ist neben der KfW auch ein Konsortium aus **SV Versicherung**, Sparkassen und Banken beteiligt. Dies könnte auch ein Modell für Tennet sein.

jam

## Wirft Donner & Reuschel jetzt ein Auge auf M.M. Warburg?

**DIE HINTERGRÜNDE ZU VITTS ABSCHIED** – Dass **Marcus Vitt** (58) nach 22 Jahren im Vorstand, davon 14 als Vorsitzender bei **Donner & Reuschel**, nicht mehr ganz glücklich war, ist zumindest in der Branche nicht unbemerkt geblieben. Nicht erst seit der offiziellen Mitteilung vom Montag, wonach er seinen Vertrag im September nicht verlängern möchte, klingeln Head Hunter in Hamburg. Gut denkbar, dass er in der Branche bald wieder auftaucht, etwa bei **Hauck Aufhäuser Lampe**, wo Vormann **Michael Bentlage** nach dem Verkauf an **ABN Amro** mit Abschiedsgedanken schwanger gehen soll. Dass Vitt Integration kann, hat er mit der Übernahme von Reuschel und des Verwahrstellengeschäfts von **Berenberg** gezeigt. Sein AR-Chef **Martin Berger**, CFO der Mutter **Signal Iduna**, nennt Vitt den Architekten von Donner & Reuschel und bedankte sich für eine „bemerkenswert erfolgreiche“ Arbeit.

Zu den Hintergründen des Abschieds von Vitt, der 2002 von der **Berliner Volksbank** gekommen war, hören wir dies: Die Chemie zwischen Vitt und den beiden neuen im dreiköpfigen Vorstandsteam, **Philip Marx** (seit 1.1.24) und **Dominic Rosowitsch** (seit 1.5.23), soll gar ▶

nicht gestimmt haben. Besonders bitter ist das ihm Fall von Marx, den Vitt selber von **M.M. Warburg** geholt hatte, wo dieser Leiter des Corporate Bankings war. Hier wird es spannend. Marx unterhält dem Vernehmen nach beste Kontakte zu **Max Warburg**. Der ist gemeinsam mit **Christian Olearius** Eigentümer von M.M. Warburg. Beide Herren dürfen auf **BaFin**-Anordnung keinen Einfluss mehr auf ihre noch an Cum Ex-Folgen leidende Bank ausüben und sollen auf Investorensuche sein. Angeblich hat Marx inoffiziell bei Max Warburg vorgefühlt, ob Donner & Reuschel einsteigen oder zumindest Teile des Konkurrenten günstig übernehmen könnte.

Das Geld wäre bei Signal Iduna da. Ob Marx mit einer solchen Idee in Dortmund jetzt schon offene Türen einrennt, ist allerdings fraglich. Signal Iduna-Vormann **Ulrich Leitermann**, der mit der HV 2025 in den Ruhestand und dann voraussichtlich in den AR des Dortmunder Versicherungsvereins wechselt, wird auf den letzten Metern im Amt nur wenig Lust auf ein solches Abenteuer verspüren. Und auch Donner & Reuschel-Oberaufseher Berger hält sich dem Vernehmen nach klug zurück. Der Signal Iduna-CFO kann sich aktuell trotz seines Alters, das nur eine Amtsperiode erlaubt, Hoffnungen auf die Leitermann-Nachfolge machen. Nur Fehler dürfen ihm bis zu den voraussichtlich entscheidenden AR-Sitzungen bei Signal Iduna im Herbst jetzt keine unterlaufen. Wichtig ist daher erst einmal ein schneller Erfolg bei der Suche nach einem neuen Donner & Reuschel-Chef. Gesucht wird, so hören wir, extern und mit Hochdruck. *mr*

## Genossenschaftsbanken zweifeln an Kapitalmarktunion

**BVR SETZT BEI TRANSFORMATION AUF BANKKREDITE** – Es klingt nach Durchhalteparole. „Klar sind da jetzt Fragezeichen zur Kapitalmarktunion gekommen durch die Wahl in Frankreich“, räumte **Deutsche Bank**-Chef **Christian Sewing** auf einer **KfW**-Veranstaltung in Frankfurt ein. Doch davon dürfte man sich „nicht ablenken“ lassen. Der Finanzierungsbedarf für die grüne und digitale Transformation in Europa sei so hoch, dass es in jedem Land die Notwendigkeit gebe, mehr private Investoren zu bekommen. „Von daher glaube ich einfach ganz fest daran, dass die Kapitalmarktunion oberste Priorität in Brüssel bleibt“, so Sewing, der im Nebenjob auch Präsident des **Bankenverbands** ist.

Während Sewing fast ein wenig verzweifelt um sein Herzensprojekt bangt, sehen die Genossenschaftsbanken die Rolle der Kapitalmarktunion als Retter der Trans-

formation sehr viel nüchterner. **BVR**-Präsidentin **Marija Kolak** begrüßt zwar, dass Überlegungen zu einer europäischen Kapitalmarktunion „endlich Fahrt aufnehmen“, ihr Vorstandskollege **Daniel Quinten** bezweifelt aber, ob sich die damit verbundenen Erwartungen schnell erfüllen lassen. Anders als Sewing, der sich von einer Wiederbelebung des Verbriefungsmarkts auch gute Geschäfte für die Deutsche Bank erhofft, sind Kolak und Quinten davon überzeugt, dass die Kreditfinanzierung durch Banken, das Brot-und-Butter-Geschäft der Volks- und Raiffeisenbanken, auch weiterhin den Hauptteil der Transformationsfinanzierung ausmachen wird.

Da auch der BVR sein Lobby-Handwerk versteht, fordern Kolak und Quinten, dass die Banken in ihrer „wichtigen Rolle“ als Transformationsfinanzierer nicht noch weiter durch regulatorische Maßnahmen belastet werden. Quinten wirbt deshalb für ein „Bürokratielasten-Moratorium“. So mandatiere die Vollendung von Basel III die europäische Bankenaufsichtsbehörde **EBA** zu weiteren 140 Regulierungsakten, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem aktuellen Stand (62) bedeuten würde. Zudem wünscht sich Quinten einen „neuen Ordnungsrahmen für kleine Banken“, wie dies bereits in den USA, Australien, der Schweiz und künftig auch Großbritannien gängige Praxis sei. *fm/jam*

## Sparda-Banken – Lässt sich der Aderlass bei den Kunden stoppen?

**NEUE KONTOMODELLE HABEN IHREN PREIS** – Gute Zahlen, weniger Kunden. Vor allem aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus haben die **Sparda-Banken** den Jahresüberschuss auf 76,7 Mio. Euro gesteigert, 2022 waren es 43,7 Mio. Euro gewesen – die Bilanzsumme der elf angeschlossenen Häuser fiel leicht um 1,6% auf 83,3 Mrd. Euro. Die Spardas haben die positiven Zinsen auch an ihre Kunden und Mitglieder weitergegeben, sagte **Uwe Sterz**, Verbands-Manager, bei Vorstellung der Zahlen. Doch gedankt wurde das nicht. Die Zahl der Kunden- und Mitglieder sank um 79.000. 2022 hatten sogar 124.000 der Gruppe den Rücken gekehrt.

Die Sparda-Banken würden dem Kundenverlust aktiv gegensteuern, sagt Sterz. Zu den Maßnahmen gehören ein „dem Zinsumfeld angepasstes Produktangebot sowie neue Kontomodelle“, bei denen die Gebühren abgeschafft oder gesenkt wurden. Offen bleibt, welchen Einfluss die Reduktionen auf die Ertragsituation und damit auch die Dividendenfähigkeit haben. Für 2023 konnten sich die Kunden über eine ggü. dem Vorjahr

mehr als verdoppelte Ausschüttung von 43,4 Mio. Euro freuen. Der Provisionsüberschuss sank derweil allerdings um 4% auf 302,6 Mio., was Sterz „aufmerksam beobachtet“. Insbesondere Forderungen nach einem Provisionsverbot würden Marktunsicherheiten schaffen, „denen wir zusammen mit dem genossenschaftlichen Verbund aktiv entgegentreten“.

Verlassen kann sich Sterz dabei weiterhin auf **Florian Rentsch**, den Verbandsvorsitzenden. Der ehemalige hessische Minister für Wirtschaft hat seinen Vertrag bis zum 30. Juni 2030 verlängert. Gemeinsam können sie nun dem leicht schwächelnden Fonds- sowie Bauspargeschäft neue Impulse geben. Das Fondsgeschäft, überwiegend über **Union Investment** vermittelt, sank laut Verband „erwartungsgemäß“ von 1,9 Mrd. Euro im Vj. auf 1,8 Mrd. Euro. Das Bauspargeschäft „wegen der Zinsentwicklung“ um 200 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro.

Den Rückgang im Einlagengeschäft (minus 1,4% auf 73,2 Mrd. Euro) haben die Sparda-Banken zwar laut Sterz in der ersten Jahreshälfte 2024 bereits „größtenteils wieder aufgeholt“, doch ohne Steigerung der Kundenanzahl, seit 2021 rückläufig, werden sich weder Bauspar- noch Fondsgeschäft nachhaltig erholen. Auf Nachfrage erklärt der Verband, dass die erhöhte Dividende in Verbindung mit den neuen Produkten Abhilfe schafft. Der Trend bei den Kunden sei positiv. mv

## EZB-Taube tritt Inflations Sorgen entgegen

**DEBATTE ÜBER ANSTIEG DER DIENSTLEISTUNGSPREISE –** Der italienische Notenbankchef **Fabio Panetta** gilt als Verfechter einer lockeren Geldpolitik. Diesen Ruf hat er im Vorfeld der Ratssitzung nächste Woche Donnerstag noch einmal gefestigt. Auf einer Veranstaltung des italienischen Bankenverbands dämpfte Panetta Sorgen vor einem hartnäckig hohen Anstieg der Dienstleistungspreise. Diese waren zuletzt um 4,1% gestiegen. „Die Sorgen sind nicht unberechtigt, aber sie müssen relativiert werden, da sich die Preise für Dienstleistungen in der Regel anders entwickeln als die Preise für Waren,“ sagte er. Aus seiner Sicht würden die jüngsten Daten weitere Zinssenkungen ermöglichen.

Andere Ratsmitglieder sehen das skeptischer, wie die jüngst veröffentlichten Protokolle der Juni-Sitzung zeigten. Ohnehin wird die **EZB** die Zinsen in der nächsten Woche höchstwahrscheinlich nicht antasten. Aktuell ist eine weitere Senkung im September das wahrscheinlichste Szenario. Im Juni hatte die EZB erstmals seit

2019 die Zinsen gesenkt. Der österreichische Notenbankchef **Robert Holzmann** stimmte als einziges Ratsmitglied gegen die Entscheidung. Laut den Protokollen hatten aber noch andere Vertreter Bedenken. Demnach argumentierten „einige Ratsmitglieder“, dass die zuletzt überraschend starke Lohnentwicklung und die hartnäckig hohe Inflation bei Dienstleistungen dafür sprechen würden, die Zinsen nicht anzutasten.

Anders als Panetta haben andere Ratsvertreter, die dem Taubenlager zugerechnet werden, wie Chefvolkswirt **Philip Lane** und der griechische Notenbankchef **Yannis Stournaras**, einen anderen Ton angeschlagen. Lane zeigte sich besorgt über die Hartnäckigkeit der Inflation und Stournaras betonte, dass er nur mit zwei weiteren Zinssenkungen in diesem Jahr rechnet. jam

## ESG-Daten – Unternehmen stöhnen, Banken profitieren

**DIE ZWEI SEITEN VON CSRD –** Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) gilt vielen Unternehmen als bürokratisches Monster. Das Sammeln von Daten ist mühsam, sie müssen dann aufbereitet und transparent gemacht werden. Aber längst nicht alle tanzen den CSRD-Blues. Banken und Finanzdienstleister erkennen Chancen. Hochschulprofessoren des ESG-Managements berichten, dass ihnen aktuell die Studierenden wegkruziert werden. Durch sie erhalten Banken in Zukunft valide Nachhaltigkeitsdaten, die sie für ihre Entscheidungen und auch für die eigenen Offenlegungsvorgaben nutzen können.

Aber wie sollen viele tausend neue Datenpunkte von den Unternehmen zu den Finanzdienstleistern kommen? **Bloomberg** will hier Abhilfe schaffen. Der US-Informationssdienstleister kündigte an, die gemäß CSRD veröffentlichten Daten direkt über das hauseigene Terminal an die Kunden auszuspielen. Es ist ein Angebot, das sich lohnen dürfte. Denn der Hunger nach Nachhaltigkeitsdaten ist in der Finanzbranche groß – und noch immer kaum gestillt. Für den Datenriesen ist die CSRD aber nicht nur eine gute Gelegenheit, das eigene Angebot auszubauen, sie macht es auch dem eigenen Unternehmen leichter. „Wir erheben bereits zu 95% aller Firmen Nachhaltigkeitsdaten“, sagt **Nadia Humphreys**, Global Head of Sustainable Finance Data Solutions. Das Problem: Bisher geschieht das mehr oder weniger händisch. Denn die Berichtsstandards sind global uneinheitlich, relevante Zahlen finden sich immer an unterschiedlichen Stellen, ▶

mal im Nachhaltigkeitsbericht, mal im Geschäftsbericht. „Dank der CSRD wird das für Europa einfacher werden“, prognostiziert Humphreys.

In anderen Weltregionen löst die CSRD die Probleme bei den Nachhaltigkeitsdaten aber noch nicht. In China etwa, immerhin die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist die Datengrundlage oft noch löchrig. Bloomberg selbst führte kürzlich eine Umfrage unter Finanzinstituten durch, die zeigte, dass 62% mit Umfang und Qualität der ESG-Daten unzufrieden sind. Kurzfristig wird sich das auch nicht ändern, aber der Druck der Finanzmärkte werde auch an diesen Regionen nicht vorbeigehen, ist sich Humphreys sicher. „Nicht-finanzielle Angaben sind für unsere Klienten hochrelevant, sie zeigen, wie zukunftsfest Firmen sind“, sagt sie. lan

## DEKABANK

## Stapelt Stocker beim Gewinn-Ziel für 2024 zu tief?

**ZERTIFIKATEABSATZ SINKT** – Sichtlich beeindruckt zeigte sich **DekaBank**-Chef **Georg Stocker** nach der Besichtigung der neuen Heimstatt des Fondsdienstleisters der Sparkassen im mächtigen Hochhaus-Komplex „Four“ im Frankfurter Bankenviertel. Sogar eine kleine Terrasse in luftiger Höhe bietet die neue Konzernzentrale. Voraussichtlich noch im August sollen die ersten Mitarbeiter vom in die Jahre gekommenen „Trianon“ in den Neubau mit Frankfurts höchstem Büro umziehen.

Doch nicht nur die Aussicht auf das neue Domizil sorgte bei Stocker für gute Laune beim traditionellen Deka-Presseempfang im Frankfurter Palmengarten. Die DekaBank sei auf einem „guten Weg“, im Gesamtjahr 2024 ein wirtschaftliches Ergebnis im Rahmen der Prognose von rund 700 Mio. Euro zu erreichen. Das wäre allerdings deutlich weniger als im Vorjahr mit 972 Mio. Euro. Der gedämpfte Ausblick ist sicher auch eine Reaktion auf die Verfehlte Prognose im vergangenen Jahr, nachdem Stocker sein Gewinnziel gleich zweimal angehoben hatte. Ein solcher Fauxpas soll sich nicht noch

einmal wiederholen. Es ist deshalb gut möglich, dass Stocker diesmal lieber tiefstapelt, zumal auch die Deka vom Wegfall der EU-Bankenabgabe profitieren dürfte. Einen ersten Anhaltspunkt dafür könnten die Halbjahreszahlen liefern, die am 27.8. erwartet werden.

Zufrieden ist Stocker mit der Gesamtvertriebsleistung von über 12 Mrd. Euro. Dabei ging der im vergangenen Jahr auffallend hohe Zertifikateabsatz zurück, während das Fondsgeschäft wieder anzog. Kräftig zulegen konnte der Absatz von Sparplänen, der sich per Ende Mai von netto 55.000 Verträgen im Vorjahr auf netto über 180.000 mehr als verdreifacht hat. fm

## ZU GUTER LETZT

## Öko-Klatsche nicht nur für Lombard Odier

Die Umweltorganisation **Urgewald** hat gerade ihre jährliche Studie „Investing in Climate Chaos“ veröffentlicht, bei der die aktuellen Investments von 7.500 institutionellen Anlegern weltweit untersucht wurden. Ergebnis: Die Investoren halten Anleihen und Aktien im Wert von 4 Bio. Euro an Unternehmen, die in fossilen Industrien aktiv sind. Die Klimawende sei so nicht umzusetzen. In kurzer Zeit ist das die zweite gelbe Karte für Profi-Anleger. Im Juni hatte **Greenpeace** in der Schweiz untersucht, wie dortige Banken und Asset Manager ihrer Umweltverantwortung nachkommen etwa über ihren Einfluss auf Unternehmen oder ihr HV-Abstimmungsverhalten. Das Ergebnis war bescheiden, was sich im Ranking, in dem die ersten drei Plätze leer blieben, spiegelte. Erst danach ging es los mit **Pictet**, **Axa IM** und **UBS AM**. Besonders peinlich war die Greenpeace-Untersuchung aber für **Lombard Odier**. Die Privatbank, die in Deutschland Gas geben will und im Herbst für ihr Wealth Management bei der **BaFin** einen vereinfachten Markteintritt beantragt hatte, rührt massiv die Trommel für ihre nachhaltige Investmentpolitik. Im Greenpeace-Ranking landeten die Genfer indes nur auf Platz 13 von 17. mr

„Fast 90 Prozent unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen KI nicht als Bedrohung an.“

GEORG STOCKER, CEO, BEIM DEKA SOMMER-PRESSEEMPfang

Es grüßt Sie herzlichst  
Das PLATOW Team

